

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Ungeheilte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Bezug des Postbezugs 1,30 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren und Postumschlaggebühren, mehrere zu erlangen. Im Falle höherer Betriebsstörungen behält die Redaktion sich das Recht vor, den Druck zu versetzen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen.



Witzigpreis: die Kripplater Nummer 20 Pf., die Kripplater Nummer 40 Reichspennig. Die Kripplater Nummer 20 Pf., die Kripplater Nummer 40 Reichspennig. Die Kripplater Nummer 20 Pf., die Kripplater Nummer 40 Reichspennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 9 — 92. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2840 Mittwoch, den 11. Januar 1933

Erschütterte Weltwirtschaft.

Kurz vor Jahreschluss noch hatte plötzlich dasjenige Land, das in allererster Linie die Welt mit Gold versorgt, also die Südafrikanische Union, sich entschlossen, dem Beispiel des englischen Mutterlandes selbst und aller seiner Dominien und Kolonien zu folgen, d. h., gleichfalls die Goldbeibehaltungspflicht für das „afrikanische Pfund“ auszuheben. Selbstverständlich stürzte nun auch dieses Pfund wieder zu seinem früheren Stand emporsteigen wird. Überhaupt ist es eine der weltwirtschaftlich bedauerlichsten Erscheinungen, daß die englische Währung in den letzten Monaten hin- und herschwankte, immer neue Unsicherheit in die Weltwirtschaft hineintrug und damit gerade den Anfängen für eine Verringerung der Konjunktur außerordentlich schadet. Daß hierfür die Kriegsschuldenfrage von größter Bedeutung war, sehen die Gläubiger, also die Amerikaner, zwar selbst ein, haben aber leider bisher offiziell dieser Erkenntnis praktisch noch nicht Rechnung getragen.

Nun soll ja eine Weltwirtschaftskonferenz sich vor allem mit diesen Währungs- und jenen Kriegsschuldenfragen beschäftigen und zur Vorbereitung der Konferenz ist ein Ausschuss jetzt zum zweitenmal in Genf zusammengetreten. Vorläufig weiß man allerdings noch nicht, wann es denn eigentlich zu der Weltwirtschaftskonferenz selbst kommen wird; diese Unsicherheit hat ihren Grund darin, daß der amerikanische Weltgläubigerstaat, der Präsident Roosevelt das Staatssteuern in die Hand genommen hat. Erst dann also wird der neue Kurs festgelegt werden. Infolgedessen hat sich auf der Genfer Konferenz der amerikanische Delegierte bisher noch recht unbestimmt über die künftigen Absichten seines Landes ausgesprochen; es hat aber fast den Anschein, als wenn die Vereinigten Staaten die Kriegsschuldenfrage durch Sonderverhandlungen mit ihren Schuldner noch vor Zusammenritt der Weltwirtschaftskonferenz lösen wollen. Wie sehr wir Deutsche an einer solchen Lösung interessiert sind, braucht schon deswegen nicht erst genauer auseinandergesetzt zu werden, weil wir ja wissen, daß allein schon die Ratifizierung der Lausanner Beschlüsse über die deutschen Tributzahlungen abhängig gemacht worden ist von einer „günstigen Lösung“ der Kriegsschuldenfrage.

In der allgemeinen Aussprache auf der Genfer Konferenz hat nun der englische Delegierte den Rahmen für die künftigen Diskussionen sehr weit gespannt. Außer den Fragen der Kriegsschulden sowie der allgemeinen Währungsstabilisierung ist der Engländer auch noch auf die besonders wichtige Frage einer allgemeinen Zollherabsetzung eingegangen. Allerdings bezieht sich dies gerade aus englischen Munde deswegen etwas merkwürdig, weil ja England es war, das auf der Konferenz in Ottawa eine Herausforderung der Zölle durchgeführt hat; die damaligen Beschlüsse spalteten zopolitisch die Welt in einen britischen und einen nichtbritischen Teil und haben es verhindert, daß gewisse Ansätze zur Ermäßigung von Zöllen verwirklicht wurden. Natürlich ist aber auch hier die amerikanische Stellungnahme entscheidend und der amerikanische Delegierte deutete vorsichtig an, er hoffe wenigstens, daß kein künftiger Präsident Roosevelt einen Abbau der hochschuldpolitisch seines Landes vornehmen werde.

Kaß hoffnungslos verworren sind nun die Dinge aber vor allem auf dem internationalen Kapital- und Kreditmarkt. Man braucht ja nur an die Devisenbewirtschaftung und die Auszahlungssperren, an die Moratorien und Stillhaltungen zu erinnern, um nur anzudeuten, was alles dazu geführt hat, daß das Geld zwischenstaatlich seine Aufgaben und Funktionen gar nicht mehr erfüllen kann. Allein die „politischen“ Kriegsschulden, also Forderungen vor allem Amerikas an seine früheren Alliierten, aber auch an Deutschland, belaufen sich insgesamt auf rund 50 Milliarden Reichsmark. Was soll mit diesen geschehen? Und was soll aus der noch ungleich größeren privatwirtschaftlichen Verschuldung zwischen den einzelnen Ländern werden, deren Regulierung durch die oben erwähnten Maßnahmen ganz oder teilweise verhindert wird! Auch die deutschen Stillhalte- und Zölle, also die privaten kurzfristigen Schulden an das Ausland werden jetzt von neuem „bearbeitet“, weil das bisherige Abkommen darüber am 4. Februar abläuft. Überall in der Welt sind riesige Kreditsummen zum Stillhalten verurteilt, sind aber die Gläubiger auch selbst wieder Schuldner nach einer anderen Richtung und — die politischen Vorgänge in der Welt behindern immer wieder die Absicht, die über dem Kreditmarkt liegende Eisdecke des gegenseitigen Mißtrauens allmählich zum Aufstauen zu bringen.

Nun eine einzige Erfahrung aus früheren Entwicklungen hat heute auf dem ungeheuer komplizierten Gebiet der Weltwirtschaft noch irgendwelche Gültigkeit: Fast immer haben sich dort die Dinge ana anders ent-

Die Finanzlage des Reiches.

800 Millionen Defizit für 1932.

Das von Schwerin-Krosigk über die Reichsfinanzen. Im Haushaltsausschuss des Reichstages, in dem die finanzpolitische Aussprache begann, gab der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk einen Überblick über die Finanzlage. Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark abgeschlossen. In dem Haushalt für 1931 waren 420 Millionen zur Teilabdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden. Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtschuldenbetrag von 1690 Millionen Mark abgeschlossen. Für das Etatsjahr 1932 wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen. Der Fehlbetrag von 1690 Millionen aus dem Vorjahre sinkt auf 1270 Millionen. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen, so daß wir am Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen

haben würden. Trotzdem war der Finanzminister optimistisch. Er verwies darauf, daß sich in diesem Fehlbetrag die Summe von 470 Millionen aus dem Extraordinarium befinde, so daß in Wirklichkeit der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt 1,5 Milliarden betrüge. Das sei ein finanzielles Ergebnis, das in Anbetracht der Krisenjahre 1930 bis 1932 erträglich erscheine. Nennenswerte Kassenschwierigkeiten hätte das Reich in den letzten Monaten nicht gehabt. Auch über den besonders schwierigen Dezemberultimo seien wir glatt hinweggekommen. Wir hätten die rund 200 Millionen aus der Auslösung der Anleiheablosungsschuld zahlen können. Die Schwierigkeit komme natürlich im letzten Vierteljahr nach. Der außerordentlich flüssige Geldmarkt habe es aber ermöglicht, auch für die Schwierigkeiten, die an sich im letzten Vierteljahr aufzutreten wären, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, so daß wir mit Sicherheit damit rechnen könnten, auch über die Monate Januar bis März ohne ernsthafte Kassenschwierigkeiten hinwegzukommen.

Interessant waren noch die Mitteilungen über die Lasten der nächsten Jahre. In den Jahren 1933 bis 1937 wird das Reich durch die Einlösungspflicht für Schatzanweisungen mit jährlich 125 bis 200 Millionen Mark belastet. In den Jahren 1933 bis 1935 müssen die aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm kommenden Verpflichtungen von insgesamt 340 Millionen Mark getilgt werden, was eine jährliche Last von rund 115 Millionen Mark ergibt. Schließlich müssen die Steuern und Zölle bei voller Inanspruchnahme des Betrages von 2,2 Milliarden mit Verzinsung in den nächsten fünf Jahren je etwa mit 500 Millionen Mark eingelöst werden.

Daraus ergibt sich zunächst, daß die Jahre 1933 bis 1934 am schwersten getroffen werden, weil auf ihnen die Last aus allen drei aufgeführten Kategorien ruht. Der Minister erklärte schließlich, daß der Etat für 1933 auch jetzt noch nicht völlig zu übersehen sei, weil noch kein Überblick über die Steuereingänge vorliege. Aus diesen Gründen bezeichnete er es als nötig, die Aufstellung des Etats — in diesem Jahre und voraussichtlich auch in den nächsten — möglichst nahe an den Termin der Verabschiedung des Etats heranzulegen.

Der Minister nannte es einen unverzeihlichen Fehler, wenn man veruchen wollte, den Haushalt des Reiches in Ordnung zu bringen und dabei die Haushalte der Länder und Gemeinden einem unentrinnbaren Schicksal zu überlassen. Das Reich mache sehr ernsthaft den Versuch, die Gemeinden wieder auf die Füße zu stellen. Die endgültige Sanierung der Haushalte der öffentlichen Hand werde jedoch entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelinge, zur Verringerung der wirtschaftlichen Lage und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu kommen.

Nach Entgegennahme der Rede des Ministers und Erledigung kleinerer Vorlagen verließ sich der Ausschuss

widert als sogenannte Sachverständige es vorausgesagt haben. In jahrelangem Vorwärtstreiben hat man sich fast hoffnungslos und aus Furcht vor der Krise in eine Sackgasse verrennt, aus der umzukehren man sich ansehend nur sehr schwer entschließen kann. Der Entschluß wird auch erst kommen, wenn man alleseitig eingesehen hat, daß es keinem einzelnen Volk gelingen kann, sich den Folgen dieser Krise zu entziehen, und daß die Weltwirtschaft erst wieder einmal in einem gemeinsamen Arbeit aufgebaut werden muß.

auf Mittwoch, um dann in die finanzpolitische Aussprache einzutreten. Der Ausschuss beschloß, auch den Wirtschaftsminister zu ersuchen, im Laufe dieser Aussprache Erklärungen über die Wirtschaftslage abzugeben. Es ist auch mit Ausführungen des Reichsarbeitsministers zu rechnen.

Gerete zum Arbeitsbeschaffungsprogramm

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gab Reichskommissar Dr. Gerete einen Überblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofortprogramms durchgeführt werden sollen. Die Finanzierung der dafür vorgesehenen 500 Millionen sei gesichert. Zunächst sollten diejenigen Arbeiten durchgeführt werden, die unbedingt notwendig seien, aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht hätten durchgeführt werden können. Mit aller Bestimmtheit wandte sich der Reichskommissar gegen die Forderung, von einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm überhaupt abzusehen, da das einen Schlag gegen die Privatwirtschaft bedeute. Im Gegenteil würden die Mittel, die im Rahmen eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms ausgeschüttet würden, der Privatwirtschaft zugute kommen. Die Durchführungsbestimmungen seien ausdrücklich vor, daß die Arbeit der öffentlichen Hand nur in Ausnahmefällen in Regiebetrieben ausgeführt und im übrigen an Privatunternehmen vergeben werden sollten. Ob die Einstellungsprämien aufrechterhalten werden könnten, wenn der Arbeitsmarkt durch öffentliche Arbeiten entlastet werde, stehe noch dahin. Endgültige Beschlüsse darüber lägen nicht vor. In Anweisungen an die Arbeitsämter sei besonders darauf hingewiesen worden, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm gerade die langfristig Erwerbslosen bevorzugt werden sollten. Wenn sich Schwierigkeiten ergeben, würden Arbeitsminister und Reichskommissar sofort durch neue Anweisungen eingreifen.

Auswärtiger Ausschuss am 20. Januar.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seinem Vorsitzenden Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.) für Freitag, den 20. Januar, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen neben der Behandlung einer Beschwerde der kommunistischen Ausschussmitglieder über angebliche Verletzung der Immunität des Ausschussmitgliedes Scheer, Hannover, die Fortsetzung der Aussprache über die Frage der Tribute und Auslandsschulden sowie über die Abrüstungskonferenz, ferner die Behandlung der Frage, die Frage des Schutzes der deutschen Minderheiten im Ausland und die innenpolitische Lage Deutschlands.

Imbusch für Schleicher.

Auf einer Konferenz des Gewerkschaftsbundes Christlicher Bergarbeiter Deutschlands führte der Vorsitzende Imbusch u. a. aus: Reichsfinanzminister von Schleicher versprach, alles anzubieten, um Arbeit zu schaffen. Man sollte ihm bis zum Beweise des Gegenteils den guten Willen, unserem Volke zu helfen, zutrauen. Es wurde mehrfach gefragt, wie Schleicher zu sozialen Fragen stehe. Nun, er ist selbstverständlich kein Gewerkschaftssekretär. Er ist ein alter Soldat, aber nach allem, was man bis jetzt von ihm hört, für soziale Gerechtigkeit. Denken wir doch nur an das Eintreten des alten Feldmarschalls von Häfeler für die Vergleiche beim Streik von 1905 und an die energische Befürwortung der Sozialpolitik durch den früheren Kriegsminister von Einem. Es erscheint mir richtiger, der Regierung die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit zu geben und sie dann nach ihren Taten zu beurteilen. Die bisherigen Taten der Regierung sprechen alles in allem genommen nicht gegen sie.

Botschafter Houghton gegen Versailles.

Berlin, 11. Januar. Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin und London, Manson B. Houghton, erklärte nach einer Meldung Berliner Blätter aus Neuport in einer Ansprache in der Schule für Politik des republikanischen Frauenverbandes, die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Weltkrieg habe lediglich an die Stelle einer deutschen Vorherrschaft in Europa die Hegemonie Frankreichs setzen helfen. So sei ein neues Europa geschaffen worden, das keinen Augenblick Bestand hätte, würde die Lage nicht durch Waffengewalt aufrechterhalten. Statt 5000 gebe es nun 12 000 Meilen europäischer Zollgrenzen, statt 17 Währungen 23; das sei ein hoffnungsloser Zustand, und es eröffne sich auch kein Ausblick auf